

AGB G4

Allgemeine Geschäftsbedingungen betreffend

Beteiligungsgarantien (G 4)

April 1999

§1 Garantiegeber, Bevollmächtigte, Vertragsinhalt

Gemäß dem Ausfuhrförderungsgesetz und der hiezu ergangenen Verordnung (in der jeweils gültigen Fassung) ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, namens des Bundes Haftungen in Euro, Schilling oder einer anderen Währung zu übernehmen. Eine Haftungsübernahme stellt kein Präjudiz für allenfalls gesetzlich erforderliche Bewilligungen dar.

Die Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft ist bevollmächtigt, alle Erklärungen namens des Bundes abzugeben und entgegenzunehmen, die sich aus der Übernahme der Haftung ergeben. Erklärungen, die gegenüber der Kontrollbank abgegeben werden, gelten mit dem Tag des Einlangens bei der Kontrollbank als beim Bund eingelangt. Gleiches gilt für alle nach den folgenden Bestimmungen zu leistenden Zahlungen.

Anträge sind in schriftlicher oder elektronischer Form einzureichen. Schriftform bedeutet urschriftlich, fernschriftlich oder per Telekopie. In einem Streitfall trifft den jeweiligen Absender die Beweispflicht; dieser hat auch den allfälligen Missbrauch eines Kommunikationsmittels zu vertreten.

Soweit die Garantieerklärung keine ergänzenden oder abweichenden Bestimmungen enthält, gelten die nachstehenden Bestimmungen als Vertragsinhalt.

§ 2 Gegenstand und Umfang der Garantie

- (1) Die Garantie deckt den aufrechten Bestand Ihrer Rechte aus einer Beteiligung oder einem beteiligungsähnlichen Rechtsgeschäft (Auslandsinvestition) bis zu dem in der Garantieerklärung festgelegten Höchstbetrag zuzüglich Erträge sowie bis zur vertraglichen Fälligkeit vereinbarte Zinsen bis maximal 20 % p. a.
- (2) Zinseszinsen und Verzugszinsen sind nicht gedeckt.

§ 3. Laufzeit und Kündigung der Garantie

- (1) Die Laufzeit der Garantie ist in der Garantieerklärung festgelegt.

- (2) Sie haben das Recht, die Garantie jederzeit unter Anspruchsverzicht mit eingeschriebenem Brief zur Gänze oder teilweise zu kündigen.
- (3) Der Bund hat das Recht, die Garantie mit sofortiger Wirkung und unter Ausschluss Ihrer Ansprüche mit eingeschriebenem Brief zu kündigen, wenn Sie das Entgelt nicht spätestens innerhalb eines Monats ab schriftlicher Mahnung entrichtet haben, es sei denn, Sie können eine der Zahlung entgegenstehende höhere Gewalt nachweisen.

§ 4. Selbstbehalt und Deckungsquote

Werden Sie an einem eventuellen Ausfall beteiligt, ist der Selbstbehalt in einem Prozentsatz in der Garantieerklärung festgelegt. Aus der Höhe des Selbstbehaltes ergibt sich die Deckungsquote.

§ 5. Besondere Verpflichtungen des Garantienehmers

Sie sind verpflichtet,

1. stets alles vorzukehren, um den Bund vor Schaden zu bewahren, und über alle Ihnen zur Kenntnis gelangten Umstände, welche die Durchführung oder den Bestand Ihrer Auslandsinvestition gefährden könnten, unverzüglich, längstens innerhalb eines Monats ab Kenntnis zu berichten, es sei denn, diese Umstände können als notorisch bekannt angesehen werden;
2. jährlich zu dem in der Garantieerklärung festgesetzten Termin den in der letzten Bilanz ausgewiesenen Buchwert Ihrer Auslandsinvestition bekannt zugeben; liegt der Buchwert unter dem Höchstbetrag der Garantie, wird der Höchstbetrag dem Buchwert angepasst;
3. über Einzelheiten und Stand des Rechtsgeschäftes oder Rechtes jederzeit Auskunft zu erteilen und Einsicht in Ihre bzw. die Bücher und Unterlagen Ihrer Erfüllungsgehilfen in dem für die Beurteilung des Geschäftsfalles notwendigen Umfang zu ermöglichen;
4. vor einer wesentlichen Änderung der vertraglichen Grundlagen des Rechtsgeschäftes oder Rechtes die Zustimmung des Bundes einzuholen; als wesentliche Änderung ist insbesondere die Änderung der Beteiligungsverhältnisse, die Erstreckung der Rückzahlungstermine oder die Änderung von Sicherheiten anzusehen;
5. unverzüglich, längstens innerhalb von zwei Monaten (Meldefrist) nach Eintritt des Haftungsfalles gemäß § 6 eine schriftliche Meldung zu erstatten;
6. Weisungen unverzüglich zu befolgen; diese können Ihnen bei einem sich abzeichnenden oder bereits eingetretenen Haftungsfall erteilt werden;

7. die in einer Umschuldung vereinbarten Konditionen auch für den Selbstbehalt zu übernehmen, sofern nicht über Ihren Antrag einer anderen Vorgangsweise zugestimmt wird. Besteht eine Teildeckung, ist der von der Garantie nicht umfasste Teil von Ihnen zu vertreten.

§ 6. Haftungsfälle

- (1) Ein Antrag auf Anerkennung des Haftungsfalles ist schriftlich zu stellen; die zur Beurteilung des Antrages erforderlichen Unterlagen sind beizuschließen.

Die Anerkennung des Haftungsfalles erfolgt mit deklarativer Wirkung, wenn Sie nachgewiesen haben, dass ein Tatbestand gemäß Abs. 2 eingetreten ist.

- (2) Tatbestände sind, wenn aus politischem Anlass
 1. Beteiligungsrechte oder Rechte aus beteiligungsähnlichen Rechtsgeschäften direkt oder indirekt ganz oder teilweise entzogen werden;
 2. ein so wesentlicher Teil der Vermögenswerte zerstört oder entzogen wird, dass das Unternehmen ohne Verlust nicht mehr weitergeführt werden kann;
 3. der Transfer des Erlöses aus dem Verkauf oder der Abwicklung von Beteiligungsrechten, der Erträge aus Beteiligungen, der Kapitalrückzahlungen und Zinsenzahlungen aus beteiligungsähnlichen Rechtsgeschäften, der Transfer einer Entschädigung oder die freie Verfügung über solche Vermögenswerte länger als drei Monate beschränkt oder behindert wird.

§ 7. Ausschluss der Haftung

- (1) Die Haftung ist ausgeschlossen, wenn:
 1. Sie im Antrag auf Erteilung der Garantie vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige Angaben gemacht haben;
 2. Sie eine Bestimmung des Garantievertrages vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt haben;
 3. Schäden eingetreten sind, die von Ihnen oder Ihren Erfüllungsgehilfen zu vertreten sind;
 4. Sie gesetzliche Bestimmungen des In oder Auslandes verletzt haben, es sei denn, Sie beweisen, dass der Eintritt des Haftungsfalles mit dieser Rechtsverletzung in keinem ursächlichen Zusammenhang steht.
- (2) Gründet sich der Haftungsausschluss auf Umstände, die erst nach Anerkennung des Haftungsfalles eingetreten oder hervorgekommen sind, wird die Anerkennung widerrufen.

§ 8. Berechnung des Garantiebetrages

- (1) Bei Berechnung des Ihnen zustehenden Betrages wird von jenem Buchwert ausgegangen, der in Ihrer letzten vor Eintritt des Haftungstatbestandes erstellten, endgültigen Bilanz ausgewiesen wurde; nach dem Stichtag dieser Bilanz bis zum Eintritt des Haftungstatbestandes eingetretene Veränderungen werden nach den für die Bilanzerstellung maßgeblichen Bewertungsvorschriften berücksichtigt. Sind Sie nicht buchführungspflichtig, wird der Wert der Beteiligung entsprechend den Grundsätzen ordnungsgemäßer Bilanzierung ermittelt.

Eine allfällige Teildeckung wird berücksichtigt.

- (2) Umrechnungen erfolgen entweder zu den Fixkursen der Währungsunion oder zu den von der Europäischen Zentralbank verlautbarten Referenzkursen vom Tag des Antrages auf Anerkennung des Haftungsfalles.
- (3) Danach wird erforderlichenfalls auf den Höchstbetrag gekürzt.
- (4) Der verbleibende Betrag wird zum Buchwert ins Verhältnis gesetzt (Deckungsprozentsatz).
- (5) Erträge und vereinbarte Zinsen werden im Deckungsprozentsatz hinzugerechnet.
- (6) Nach dem Zeitpunkt des Eintrittes des Haftungstatbestandes eingegangene Zahlungen (ungeachtet ihrer Widmung), verfügbare Erlöse aus der Verwertung von Vermögensteilen und Sicherheiten sowie allenfalls gemäß § 7 auszuschließende Beträge werden im Deckungsprozentsatz in Abzug gebracht.
- (7) Nach Abzug eines Selbstbehaltes ergibt sich der Garantiebtrag.
- (8) Der Deckungsprozentsatz abzüglich des bei der Berechnung des Garantiebetrages zur Anwendung gelangten Selbstbehaltes ergibt den Rückführungs- und Kostenersatzprozentsatz.

§ 9. Fälligkeit des Garantiebetrages

- (1) Der Garantiebtrag ist für Ansprüche und Forderungen, die vertragsgemäß vor Anerkennung des Haftungsfalles fällig waren oder für die keine Fälligkeit besteht, gleichzeitig mit der Anerkennung des Haftungsfalles zur Zahlung fällig. Durch die Anerkennung darf keine Besserstellung gegenüber einer ordentlichen Abwicklung der Auslandsinvestition gegeben sein.
- (2) Der Garantiebtrag ist für Ansprüche und Forderungen, die vertragsgemäß nach Anerkennung des Haftungsfalles fällig werden, zu den vereinbarten Fälligkeitsterminen zur Zahlung fällig. Ein mit dem Vertragspartner vereinbarter Terminverlust kann dem Bund gegenüber nicht geltend gemacht werden.

§ 10. Besondere Verpflichtungen des Garantienehmers nach Anerkennung des Haftungsfall

Sie sind verpflichtet,

1. dem Bund vor Auszahlung des Garantiebetrages Ihre Ansprüche und Forderungen im Ausmaß der Anerkennung abzutreten und alle zu diesem Zweck erforderlichen Rechtshandlungen vorzunehmen; vorhandene Sicherheiten sind im gleichen Ausmaß und Rang zu übertragen;
2. alle zur Durchsetzung der Ansprüche notwendigen Maßnahmen im eigenen Namen, jedoch mit Zustimmung des Bundes vorzunehmen, es sei denn, die Forderungen werden vom Bund selbst vertreten;
3. Weisungen zur Durchführung bestimmter Rechtsverfolgungsmaßnahmen zu befolgen;
4. alle Einnahmen ungeachtet ihrer Widmung vor Abzug von Provisionen und Bankspesen im Rückführungsprozentsatz an den Bund weiterzuleiten. Darunter fallen auch sonstige Vermögensvorteile wie für den Zeitraum nach Auszahlung des Garantiebetrages bezahlte Zinsen, Zinseszinsen, Verzugszinsen oder ein Mehrerlös bei der Verwertung von Gütern.
5. die in einer Umschuldung vereinbarten Konditionen auch für den Selbstbehalt zu übernehmen, sofern nicht über Ihren Antrag einer anderen Vorgangsweise zugestimmt wird. Besteht eine Teildeckung, ist der von der Garantie nicht umfasste Teil von Ihnen zu vertreten.

§ 11. Kostenersatz

- (1) Kosten oder Verluste, die Ihnen im Zusammenhang mit der Durchsetzung Ihrer Ansprüche oder der Einbringlichmachung Ihrer Forderungen entstehen, werden im Kostenersatzprozentsatz ersetzt, wenn die Voraussetzungen für eine Anerkennung des Haftungsfall gegeben sind oder ein Haftungsfall bereits anerkannt wurde, und die entsprechenden Maßnahmen gemäß den Allgemeinen Geschäftsbedingungen, auf Weisung oder mit Zustimmung des Bundes erfolgt sind.
- (2) Kosten, die üblicherweise im Zusammenhang mit Auslandsinvestitionen in Ihrem Betrieb oder im Betrieb Ihrer Erfüllungsgehilfen entstehen, werden nicht ersetzt.

§ 12. Bearbeitungs-, Garantie- und Bereitstellungsentgelt

- (1) Das Bearbeitungsentgelt beträgt 1 % vom zur Deckung beantragten Wert des Geschäftsfalles, mindestens EUR 10, höchstens aber EUR 720, bzw. den entsprechenden Schilling Gegenwert. Das Bearbeitungsentgelt wird umgehend nach Erhalt der Vorschreibung zur Zahlung fällig und ist auch bei Ablehnung eines Antrages zu entrichten.
- (2) Das Garantieentgelt wird in der Garantieerklärung für die gesamte Vertragslaufzeit in einem Prozentsatz festgelegt.
- (3) Das Garantieentgelt wird vom Höchstbetrag der Garantie jeweils für ein Jahr ermittelt. Am Beginn der Garantielaufzeit kann der Entgeltberechnung ein kürzerer Zeitraum zugrunde gelegt werden.
- (4) Das Garantieentgelt ist grundsätzlich jährlich im vorhinein zahlbar, erstmals bei Annahme der Garantieerklärung.
- (5) Wird für eine Auslandsinvestition, die nicht innerhalb der nächsten zwölf Monate durchgeführt wird, eine Garantie erteilt, kann ein Bereitstellungsentgelt in Höhe von 10 % des Entgeltsatzes gemäß Abs. 2 vorgeschrieben werden. Es ist umgehend nach Erhalt der Vorschreibung zur Zahlung fällig.

§ 13. Verzugszinsen

Werden dem Bund zustehende Beträge - Entgelte, Rückflüsse oder Rückführungen aufgrund eines Widerrufs der Anerkennung eines Haftungsfalles- nicht umgehend angeschafft, können Verzugszinsen in Höhe von drei Prozentpunkten über dem variablen Zinssatz des Exportfinanzierungsverfahrens der Kontrollbank in Rechnung gestellt werden.

§ 14. Abtretung der Ansprüche des Garantienehmers an Dritte

Die erstmalige Abtretung der Ansprüche aus der Garantie an ein Kreditinstitut bedarf keiner Zustimmung, jedoch einer schriftlichen Mitteilung von Ihnen und vom Zessionar. Ansonsten bedarf jede Abtretung mit Ausnahme einer solchen an die Kontrollbank der schriftlichen Zustimmung des Bundes.

Durch eine Abtretung werden Ihre Verpflichtungen dem Bund gegenüber nicht berührt.

§ 15. Geltendmachung der Ansprüche aus dem Garantievertrag im Rechtsweg und Verfristung

- (1) Ein Antrag auf Anerkennung eines Haftungsfalles muss bei sonstigem Rechtsverlust bis spätestens drei Jahre nach dem Endtermin der Garantie eingebracht werden.
- (2) Wenn der Bund über den Haftungsantrag nicht antragsgemäß entschieden hat, sind Sie berechtigt, Ihre Ansprüche innerhalb von drei Monaten ab dem Datum des Schreibens, mit welchem Ihnen die Entscheidung mitgeteilt wurde, bei sonstigem Rechtsverlust vor den ordentlichen Gerichten in Österreich geltend zu machen.

§ 16. Annahme der Garantieerklärung

Wird die Garantieerklärung nicht innerhalb von vierzehn Tagen ab Erhalt retourniert, gilt sie als angenommen und ist rechtswirksam.

Erläuterungen zu den Garantiearten

Garantien zur Deckung von Risiken aus Beteiligungen oder beteiligungsähnlichen Rechtsgeschäften (z. B. partiarische Darlehen) von Exportunternehmen an Unternehmen mit Sitz im Ausland (Beteiligungsgarantien G 4).